

# niedersachsen *magazin*

3

März 2022 • 84. Jahrgang

**GeNi**  
Gewerkschaft für das  
Gesundheitswesen

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund  
und Tarifunion

dbb  
Beamtenbund  
und Tarifunion

Ministerpräsident Weil,  
wo bleiben unsere 140 Euro?!

**GeNi**  
Gewerkschaft für das  
Gesundheitswesen

dbb  
Beamtenbund  
und Tarifunion

TdL-Chef Hilbers,  
wo bleiben unsere 140 Euro

Seite 4 <

Gesundheitsge-  
werkschaft Nieder-  
sachsen – GeNi

Kundgebung  
für 140 Euro  
Pflegezulage

Seite 6 <

Gespräch der  
NBB-Landesleitung  
mit dem Minister-  
präsidenten Weil

Seite 7 <

Aktuelles aus den  
Mitgliedsverbänden



## Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

selten ist es mir in den vergangenen Monaten schwerer gefallen, einen Leitartikel für das niedersachsen magazin zu verfassen, als jetzt aktuell. Europa und die Welt befinden sich in der vermutlich schwersten Krise und gleichzeitig Bedrohungslage, die wir alle sehr wahrscheinlich in dieser Dimension zu keinem Zeitpunkt für möglich gehalten hätten. Jetzt steht die Ukraine für einen großen europäischen Krieg und die Konsequenzen sind auf lange Zeit gesehen kaum absehbar.

Für die direkt betroffenen Menschen in den Kriegsgebieten werden schlimmste Befürchtungen wahr und es bleibt insbesondere für die Bevölkerung nur zu hoffen, dass sich die Situation entspannen möge.

Die Menschen in der Ukraine verdienen im Minimum unsere Anteilnahme und Unterstützung, verbunden mit dem gemeinsamen Wunsch nach einer Rückkehr zu einem friedlichen Europa und einer friedlichen Welt.

Welche Auswirkungen die aktuelle Situation in der kommenden Zeit für die Menschen in unserem Land und hier auch gerade für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben wird, ist ebenso schwer abzusehen. Eines dürfte aber feststehen: Wir alle werden, selbst wenn wir nicht direkt von den militärischen Entwicklungen betroffen sein dürften, die Folgen des eskalierenden Konflikts zu spüren bekommen.

Wie sicher ist auch in der Zukunft unsere energetische Versorgung? Wie wirken sich die zu erwartenden Teuerungsraten auf unsere zukünftige Lebenssituation aus? Wie sicher leben wir in einem Land, in welchem sich in unmittelbarer Nähe eine kriegerische Auseinandersetzung abspielt?

Die großen Sorgen, die sich viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes um ihre persönliche und familiäre Zukunft machen, werden angesichts dieser furchtbaren Entwicklungen auch absehbar nicht weniger werden.

Und auch wenn es zuweilen angesichts der bedrohlichen Weltsituation schwerfallen mag, dürfen wir gerade jetzt die Kernthemen und Anliegen unserer Kolleginnen und Kollegen nicht aus dem Blickwinkel verlieren. Gerade jetzt benötigen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in dieser besonderen Krisensituation starke Partner an ihrer Seite und die damit verbundene Unterstützung

unsererseits. Genau dafür steht der NBB mit seinen starken Fachgewerkschaften und Verbänden an Ihrer und eurer Seite.

Die Coronakrise hat, darauf habe ich in den letzten zwei Jahren wiederholt hingewiesen, sowohl die Leistungsfähigkeit, aber auch die Schwächen des öffentlichen Dienstes deutlich gemacht.

### ■ Zustand der Bundeswehr

Die Ereignisse des 24. Februar wiederum haben eine weitere offene Flanke des Zustandes unseres Staatswesens offenbart und die politische Diskussion befeuert. Ich spreche vom offensichtlichen Zustand unserer Bundeswehr und ihrer offensichtlich nur noch eingeschränkt vorhandenen Fähigkeit zur Landesverteidigung.

Auch wenn aus dem Bundesverteidigungsministerium sofort die Dementis erklingen, die Aussagen von hochrangigen Vertretern der Bundeswehr zeichnen ein düsteres Bild des Zustandes der Gesamtorganisation. Und dieses gilt sowohl für den investiven als auch für den personellen Bereich.

Eine Organisation, die über Jahre und Jahrzehnte kaputtgespart wurde, weil sie nach der Überzeugung der politisch Verantwortlichen keine besondere Bedeutung für den Zustand unseres Staatswesens hat. Gewerkschaftliche Verbände, insbesondere jene, die im dbb vertreten sind, haben ebenfalls bereits seit Jahren auf die Probleme hingewiesen – gehört wurden sie nur selten.

Wie offensichtlich ist hier der Quervergleich zum Zustand des öffentlichen Dienstes, auch und insbesondere in Niedersachsen, zu ziehen. Es brennt an allen Ecken und Enden lichterloh, aber wir haben keine Feuerwehr mehr.



> Alexander Zimbehl,  
1. Landesvorsitzender

© NBB

### Impressum

**Herausgeber:** NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Kamber (Landesgeschäftsführerin).

**Verantwortlich für den Inhalt:** Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar.

**Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Titelfoto:** © Friedhelm Windmüller

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 26, gültig ab 1.1.2022.

**Bezugsbedingungen:** Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.



Um hier zumindest die Grundlage für eine Verbesserung der Situation zu schaffen, ist und bleibt das Kernthema des Niedersächsischen Beamtenbundes und Tarifunion in diesem Jahr die Vorbereitung auf die niedersächsische Landtagswahl und die damit verbundene Vorlage konzeptioneller Überlegungen im Interesse der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen.

### ■ Steigende Preise

Dabei spielt die Frage, inwieweit wir alle in der Lage sind, den deutlich steigenden Preisen, insbesondere im Energiesektor, zu begegnen, eine wesentliche Rolle und wird derzeit im NBB konzeptionell erarbeitet.

Unsere Kolleginnen und Kollegen spüren insbesondere die steigenden Energiepreise jeden Tag. Viele von uns sind gezwungen, mit dem eigenen Auto zur Arbeit zu fahren, insbesondere weil alternative Möglichkeiten des ÖPNV oftmals nicht zur Verfügung stehen.

### ■ Tariferhöhungen Versorgungsberechtigte

Ein weiteres wichtiges Thema beschäftigt den NBB nach wie vor und sorgt bei vielen Betroffenen auch weiterhin für Unmut. Die Problematik der Umsetzung der vereinbarten Tariferhöhung auf die Pensionen steht zu Recht im Fokus der Versorgungsberechtigten, betrifft aber auch alle aktiven Kolleginnen und Kollegen in Hinblick auf ihre eigene Pensionsplanung.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch keine falschen Hoffnungen wecken, darf zumindest aber den Hinweis geben, dass sich die Spitze des NBB derzeit in durchaus zielführenden Gesprächen und Verhandlungen mit dem Finanzministerium befindet, um, möglichst noch vor der Sommerpause, zumindest einen annehmbaren Kompromiss zu erzielen.

### ■ Digitalisierung der Verwaltung

Besondere Sorgen, und dabei beziehe ich mich wieder auf die Ausgangslage und die Ereignisse in der Ukraine, macht mir zudem der Zustand der Digitalisierung unserer Verwaltung.

Nicht nur aus dem Blickwinkel heraus, dass wir nach wie vor davon ausgehen müssen, die Ziele des Online-Zugangsgesetzes nicht zu erreichen und umzusetzen. Die Gefahr von (staatlich) gezielten Hackerangriffen auf unsere Systeme wird ständig größer und vermutlich können wir uns alle die tatsächlichen Bedrohungsszenarien und die damit verbundenen Auswirkungen noch nicht einmal vorstellen.

Wir haben aber gleichzeitig sowohl in den vergangenen Tagen als auch seit Pandemiebeginn im Jahre 2020 gelernt, dass wir in einer Welt leben, in der man sich alles vorstellen können muss – sei es auch noch so surreal.

Wir müssen jetzt besser werden, uns genau auf all diese Szenarien vorzubereiten.

Bitte bleiben Sie, bitte bleibt ihr gesund und sicher!

Ihr/Euer

Alexander Zimbehl,  
1. Landesvorsitzender Niedersächsischer Beamtenbund  
und Tarifunion

## > Aktuelle Information

### Sachstand Alimentationsklagen Bundesverfassungsgericht

Neben dem Niedersächsischen Beamtenbund warten auch viele Mitglieder unserer Mitgliedsgewerkschaften auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Thema Alimentation. Da uns derzeit diesbezüglich wieder vermehrt Anfragen erreichen, wollen wir einen aktuellen Sachstand mitteilen, welcher sich jedoch seit der letzten Information nicht geändert hat.

Die Musterverfahren des Niedersächsischen Beamtenbundes und Tarifunion wurden vom Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht und vom Bundesverwaltungsgericht jeweils ausgesetzt und im April 2017 beziehungsweise im Oktober

2018 zur Entscheidung dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt.

#### Es liegt noch immer keine Entscheidung vor.

Wir haben erneut nachfragen lassen und das BVerwG teilte uns mit, dass die Verwaltungsstreitsache beim BVerfG noch in Bearbeitung sei und auch nicht absehbar sei, wann mit einer Entscheidung zu rechnen sei.

Das BVerwG wies zudem darauf hin, dass es noch ältere als unsere Verfahren gebe, die zuerst bearbeitet werden müssten. Das BVerwG selbst hat sich als

Wiedervorlagefrist Dezember 2022 notiert. Diese Frist ist selbstverständlich nicht bindend für das Bundesverfassungsgericht, erlaubt uns jedoch den Rückschluss darauf, dass die Verfahren vermutlich in diesem Jahr nicht mehr entschieden werden.

Dafür spricht auch, dass das BVerfG jedes Jahr eine Übersicht wichtiger Verfahren herausgibt, in denen es während des laufenden Jahres eine Entscheidung anstrebt. Für das Jahr 2022 wurde die Liste veröffentlicht, unsere Verfahren – die man sehr wohl in die Kategorie „wichtige Verfahren“ einordnen darf – finden sich in der Übersicht leider nicht.



## Gesundheitsgewerkschaft Niedersachsen – GeNi

# Kundgebung für 140 Euro Pflegezulage im Maßregelvollzug und Justizvollzugskrankenhäusern in Niedersachsen

Auch wenn die Tarifrunde 2021 Geschichte ist, stand in Hannover wieder eine Demo einer unserer Mitgliedsgewerkschaften an. Die GeNi protestierte am 24. Februar 2022 vor dem Landtag anlässlich der laufenden Plenarwoche.

Frau Gesundheitsministerin Daniela Behrens, Staatssekretär Heiger Scholz sowie verschiedene Abgeordnete der Fraktionen des Niedersächsischen Landtages waren vor Ort und zu einem Austausch bereit.

### ► Pflegezulage

„Wo sind unsere 140 Euro?“, riefen die angereisten Demonstranten in Richtung der Landesregierung, vor allem aber in Richtung des Vorsitzenden der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), dem Niedersächsischen Finanzminister Hilbers.

Im Jahr 2019 ist für die Pflegekräfte in Universitätskliniken und den Zentren für Psychiatrie Baden-Württemberg eine monatliche Zulage von damals 120 Euro im TV-L eingeführt worden. Begründet wurde ihre Einführung mit den schwierigen Arbeitsbedingungen und zur Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs, aber die Pflegekräfte im Maßregelvollzug und den Justizvollzugskrankenhäusern in Niedersachsen gehen bislang leer aus.



© Bischoff/NBB

### ► Jens Schnepel

Jens Schnepel, Vorsitzender GeNi, sagte unter anderem: „Ministerpräsident Weil hat in einer Videokonferenz mit dem NBB gesagt, dass die Niedersächsische Landesregierung versteht, um was es geht und man die Pflegenden im Maßregelvollzug und in den Justizvollzugskrankenhäusern gleichbehandelt sehen möchte.“ Diese positiven Signale, so Schnepel gebe es auch aus unzähligen Gesprächen mit den Landtagsfraktionen. Dies mache deut-

lich, dass die Niedersächsische Landesregierung hinter den Forderungen stehe und daher einen Antrag bei der TdL gestellt habe, um eine Ausnahmegenehmigung für die Geltendmachung der Pflegezulage zu ermöglichen.

Er wies auch darauf hin, dass es bereits Verbesserungen in der Aufwertung der Pflege gegeben habe, zum Beispiel durch die Erhöhung der Zeitzuschläge bei Wechselschicht, die Schichtzulage in den Krankenhäusern, die Erhöhung der Intensiv- und In-

fektionszulage. Alles war allerdings lange überfällig.

Er machte eindringlich deutlich, warum die Zulage gefordert wird, und nannte Beispiele für die harte und teilweise gefährliche Tätigkeit: „Erhöhtes Vorkommen an Übergriffen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit gravierenden und nachhaltigen Folgen, erhebliche Zunahme der Intensität von Übergriffen, deutliche Zunahme der besonderen Sicherungsmaßnahmen.“

Abschließend wies er noch daraufhin, dass der Maßregelvollzug in Konkurrenz mit anderen Kliniken stehe; teilweise arbeiteten Kolleginnen und Kollegen auf einer Station mit drei unterschiedlichen Tarifverträgen, so etwas sei nur in Niedersachsen möglich. Er forderte daher noch mal:



© Friedhelm Windmüller (6)





„Wir arbeiten erstklassig und werden zweitklassig bezahlt. Wir brauchen die Pflegezulage!“

und Ankündigungen haben wir zu Genüge gehört.“

### ■ Volker Geyer

Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik und stellvertretender Vorsitzender des dbb, mahnte: „Wir werden Finanzminister Hilbers und Ministerpräsident Weil nicht aus ihrer Verantwortung lassen. Womit begründen Sie, dass die 140-Euro-Zulage an die Pflegekräfte in Unikliniken und auch in den Zentren für Psychiatrie Baden-Württemberg gezahlt wird und Sie das als Verhandlungsführer der Länder im TV-L auch vereinbart haben? Gleichzeitig soll die Zulage aber in Niedersachsen nicht gezahlt werden? Es gibt keine Begründung – außer: Die Beschäftigten sind es Ihnen nicht wert!“

### ■ Alexander Zimbehl

Auch Alexander Zimbehl, Chef des Niedersächsischen Beamtenbundes und Tarifrundung (NBB), verließ der Wut der Beschäftigten Ausdruck und kündigte an: „Wir kommen wieder, wenn sich nicht endlich etwas zum Guten bewegt und die Landesregierung den dringenden Nachholbedarf in der Pflege und insbesondere im niedersächsischen Maßregelvollzug nicht anerkennt. Warme Worte

### ■ Finanzminister Hilbers

Zum Schluss der Demo kam Finanzminister Hilbers dazu und gab ein kurzes Statement ab.

„Man hat sich auf die Zulage in dem Bereich der Universitätskliniken verständigt, da es in dem Bereich eine Refinanzierung gibt. Viele Länder haben Sorge, wenn man es nun auf den Bereich des Maßregelvollzuges ausdehnen würde, dass es sich dann auch auf weitere Bereiche der Gesundheitsberufe in den Landeseinrichtungen ausdehnen könnte.“

Hilbers weiter: „Deswegen haben wir derzeit noch keine Mehrheit in der TdL und wir haben darüber auch noch nicht in der TdL-Mitgliederversammlung abstimmen lassen. Wir wollen Gespräche führen, um dann eine Mehrheit zu bekommen.“

Der Finanzminister führte aus, dass er glaube, dieser Weg sei klüger, als erst mal nach einer Abstimmung direkt eine Niederlage zu kassieren. Stattdessen arbeite man daran und spreche bilateral mit einzelnen Ländern, ob eine Unterstützung in der TdL zustande kommen kann, um dann eine notwendige Ausnahmeregelung zu treffen. ■

### > BLVN

## Historischer Erfolg des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen!

Vom 7. Dezember 2021 bis 18. Januar 2022 lief die öffentliche Online-Petition des BLVN zur Besserstellung der Lehrkräfte für Fachpraxis in Niedersachsen. Der BLVN fordert in der Petition:

- > Besoldung nach A 9 während der Qualifizierung
- > Sofortige Besoldung nach A 10 nach erfolgreicher Qualifizierung
- > Besoldung nach A 11 und A 12 mit Funktionsstelle
- > Entsprechende Vergütung der Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis EG 9 bis EG 12

Die innerhalb von sechs Wochen 5 000 benötigten Unterschriften wurden erreicht. Damit gehört diese Petition zu denen, die vom Petitionsausschuss des Niedersächsischen Landtages in einer öffentlichen Ausschusssitzung behandelt werden. Dazu der BLVN: „Dadurch, dass wir diese magische Grenze durchstoßen haben, liegt der Ball nun im Spielfeld der Politik ... Da die Mehrheit des Petitionsausschusses durch die Mitglieder der Regierungsfractionen gestellt wird, können sie sich nun nicht mehr wegdrücken und müssen Farbe bekennen. Hier wird sich entscheiden, wie ernst es der SPD und der CDU wirklich damit ist, die berufsbildenden Schulen zu stärken.“

## Öffentliche Petition zur Mitzeichnung

**Betreff:**  
Besoldung der qualifizierten Lehrkräfte für Fachpraxis  
**Eingereicht von:**  
Berufsschullehrerverband Niedersachsen e. V. (BLVN)  
30175 Hannover  
**Veröffentlicht am:** 07.12.2021  
**Mitzeichnungsfrist endet am:** 18.01.2022

**Mitzeichnungen:** 5000  
5359

© Landtag Niedersachsen



## Gespräch der NBB-Landesleitung mit dem Ministerpräsidenten Weil

Am 10. Februar 2022 traf sich die Landesleitung des Niedersächsischen Beamtenbundes und Tarifunion zu einem Gespräch mit Ministerpräsident Stephan Weil. Ebenfalls am Gespräch nahmen teil der Chef der Staatskanzlei, Dr. Jörg Mielke, Kolja Baxmann (Leiter Abteilung 2) und seitens des NBB die Landesgeschäftsführerin Azra Kamber. Aus den bekannten Gründen musste auch dieses Gespräch als Videokonferenz stattfinden.

In dem Gespräch fand ein intensiver Austausch zu aktuellen politischen Themen und zu einem Stimmungsbild des öffentlichen Dienstes statt. Dabei lagen die Schwerpunkte in erster Linie in den aktuellen Fragen zur Beamtentalimentation und zur Übertragung des Tarifergebnisses für die Versorgungsempfänger. Gleichzeitig nahm die Frage nach der Wertschätzung der Beschäftigten und der Konkurrenzsituation zu anderen Bundesländern einen besonderen Raum ein.

### ➤ Alimentation

Zum Thema Alimentation wies der 1. Landesvorsitzende Alexander Zimbehl erneut mit Nachdruck darauf hin, dass man seitens des Landes, und zwar unabhängig von einer noch ausstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, endlich Konzepte hinsichtlich einer verfassungsgemäßen Alimentation erwarte. In anderen Bundesländern werden bereits proaktiv Gesetzesvorlagen erarbeitet, während im Land Niedersachsen auf eine Entscheidung aus Karlsruhe gewartet wird. Alexander Zimbehl betonte, dass der NBB dem Finanzminister wiederholt Gesprächsangebote gemacht habe, um gemeinsam eine Lösung des

Problems zu erarbeiten. Finanzminister Hilbers sei jedoch, wie offensichtlich die Mehrheit der Niedersächsischen Landesregierung auch, ausdrücklich dagegen, vor einer Entscheidung des BVerfG zu handeln.

Der Ministerpräsident gibt seinem Finanzminister Hilbers in der Sache recht, dass zunächst die Grundlagen durch das BVerfG geklärt werden müssen. Alexander Zimbehl wies darauf hin, dass viele Mitglieder Quer-Vergleiche zu den anderen Bundesländern zögen, da diese das Thema aktiv angängen. Niedersachsen sei im Vergleich sowie so schon in vielen Teilbereichen eher im unteren Bereich angesiedelt. Jetzt auf das BVerfG zu warten, sei kein gutes Signal seitens der Landesregierung.

### ➤ Versorgungsberechtigte

Dr. Peter Specke (Vorsitzender komba) wies weiter ausdrücklich auf das Problem der Versorgungsempfänger hin. Diese seien von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt, die Inflation steige und auch die Coronaprämie erhielten die Versorgungsberechtigten nicht. Dr. Peter Specke wies zudem darauf hin, dass die Versorgung derzeit deutlich schmilze. Er fordert ein deutliches Signal seitens der Landesregierung. Erst ab Dezember gibt es eine Erhöhung um 2,8 Prozent, die Inflation liegt derzeit jedoch bereits bei 4 Prozent. Allein die Energie- und Spritpreise sind deutlich gestiegen.

Ministerpräsident Weil wies darauf hin, dass aufgrund der derzeitigen finanziellen Situation leider nicht alles möglich sei durchzusetzen und dass er froh sei, dass der Doppelhaushalt mit „Ach und Krach“ anständig beschlossen wurde.



Thorsten Balster (Vorsitzender DSTG) wies darauf hin, dass die Pendlerpauschale in Höhe von 30 Cent viel zu gering sei. Diese müsse angehoben werden, auch dies habe mit Wertschätzung gegenüber den Bediensteten zu tun. Weil sprach sich auch ausdrücklich für eine Anpassung der Pendlerpauschale aus.

Auf die erforderliche Pflegezulage im Maßregelvollzug wies Jens Schnepel (Vorsitzender GeNi) nachdrücklich hin. Ministerpräsident Weil merkte an, dass er in der Sache die Auffassung nach der Erforderlichkeit der Pflegezulage teile und eine Lösung in der TdL gesucht werde.

### ➤ Wertschätzung

Marianne Erdmann-Serec (DSTG) griff das Thema Wertschätzung auf. Sie finde es mehr als unverständlich, wenn aus dem Finanzministerium geäußert werde, dass 30 Cent Pendlerpauschale völlig ausreichend seien.

Zudem sei ebenso unverständlich, wenn der Finanzminister im Zusammenhang mit einer geforderten Polizeizulage im Ermittlungsbereich „Kinderpornografie“ äußert, dass die regelmäßige stundenlange Sichtung von Bild- und Videomaterial, das teils schwersten sexuellen Missbrauch von Kindern zeigt, vergleichbar mit anderen Tätigkeiten der Polizei sei, die „... zumindest subjektiv als ekelerregend empfunden werden (zum Beispiel auch der Umgang mit stark alkoholisierten, sich erbrechenden Menschen)“.

Ministerpräsident Weil betonte ausdrücklich, dass diese Äuße-

rung absolut nicht seine Meinung darstelle. Ganz im Gegenteil, der Ministerpräsident habe für solche Äußerungen kein Verständnis, dafür kenne er zu viele Kollegen, die im Zweifel härter arbeiten als er selbst.

Der 1. Landesvorsitzende Alexander Zimbehl betonte in dem Zusammenhang das große Problem der Verrohung unserer Gesellschaft. Auch der Ministerpräsident stimmt dem zu und betonte, dass das Problem auf allen Ebenen vorliege, insbesondere ehrenamtliche Kommunalpolitiker seien immer mehr den Beleidigungen et cetera ausgesetzt. Das größte Problem sehe er bei den Äußerungen in den „sozialen“ Medien.

### ➤ Digitalisierung

Zum Schluss des Gesprächs wies Wilfried Kahle (DVG) auf das große Problem der Digitalisierung hin. Er erläuterte, dass dem Land Niedersachsen die Spezialisten (IT/Ingenieure et cetera) fehlten. Man könne nicht mit der freien Wirtschaft mithalten, was unbedingt geändert werden müsse. Es herrsche ein bundesweiter Wettbewerb, bei welchem das Land Niedersachsen nicht hinten überfallen dürfe.

Aus Sicht der NBB-Landesleitung verlief das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und dem Chef der Staatskanzlei erneut im Rahmen eines sehr konstruktiven und freundlichen Meinungsaustausches. Der Ministerpräsident bedankte sich ebenfalls und fasste das Gespräch gut zusammen: „Deutlich, aber freundlich!“ ■



# Aktuelles aus den Mitgliedsverbänden

## ■ Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft (BTB)

**BTB** Zu Beginn des Jahres trafen sich der Vertreter der Landesfachgruppe Vermessung des BTB (Marc Zimmermann und Günter Janzen) und der Staatssekretär im Niedersächsischen Innenministerium, Stephan Manke, zu einem Meinungsaustausch. Kern des Gesprächs war die Situation des Landesamtes für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN) als Behörde im Flächenland Niedersachsen sowie die Umsetzung der Digitalisierung. Dabei versicherte der Staatssekretär nochmals, dass die 53 Standorte des LGLN nicht zur Disposition stünden.

*TV-L – Keine Verbesserung für untere Einkommensgruppen:* Aus Sicht des BTB lässt die Umsetzung noch viel Luft nach oben. So werden zum Beispiel Vermessungsgehilfen lediglich mit E 3 eingestellt. Dem Staatssekretär war es ein besonderes Anliegen, hier jenseits von Tarifverhandlungen schnell Abhilfe zu schaffen. Der BTB wies allerdings darauf hin, dass ebenso eine schnelle Förderung ihrer Qualifizierung notwendig sei. Staatssekretär und BTB einigten sich darauf, die bisherigen Bestimmungen dazu, die eine dreijährige Bewährung vor der Qualifizierung zwingend vorschreiben, neu zu bewerten.

*Laufbahnschranken:* Vor fast 23 Jahren wurde in Bologna die Vereinheitlichung der Studiengänge und -abschlüsse beschlossen. Der BTB verwies darauf, dass immer noch keine adäquate Anpassung des Laufbahnrechts erfolgt sei. Gegenüber einer Neugestaltung dieser Qualifikationskultur in der technischen Verwaltung zeigte sich der Staatssekretär sehr positiv eingestellt. Er unterstützte daher die Forderung des BTB

nach angemessenen Qualifizierungsvereinbarungen, die den Aufstieg über alle Laufbahngruppen hinweg zukünftig aktiv und regelhaft fördern.

*Das Wort des Jahrzehnts:* Gemeint ist nicht Corona, sondern „Digitalisierung“. Das LGLN mobilisierte zurzeit zwar alle Kräfte, um geeignetes Personal für das „Programm Digitalisierung“ zu gewinnen, gleichzeitig gingen die Digitalisierungsanstrengungen aber zulasten des Personals, das weiterhin für die eigentlichen Linienaufgaben dringend benötigt werde. Der BTB machte noch einmal deutlich, dass unbedingt vermieden werden müsse, dass Einnahmeausfälle durch Open Data letztlich zu Personaleinsparungen führen. Dies sei im besonderen Maße kontraproduktiv und erschwerend für die Herausforderungen der Digitalisierung.

*Fortschreibung des NPersVG:* Im Hinblick auf die Herausforderungen der Digitalisierung muss auch das NPersVG weiterentwickelt werden. Darüber hinaus hat die Coronapandemie völlig neue Arbeitsformen etabliert, die zu Veränderungen im täglichen Miteinander – auch bei den Personalräten – geführt haben. Hier gilt es, kritisch zu hinterfragen und zu prüfen, ob nicht die eine oder andere Sonderregelung aus Zeiten der Pandemie auch dauerhaft in geeigneter Form in das Gesetz aufgenommen werden kann.

## ■ Deutsche Steuer-gewerkschaft (DSTG)

**DSTG** Steuerbera- tendende erhalten Unterstützung – Steuerverwaltung steht aber weiter im Regen! Unter dieser Überschrift wies die DSTG darauf hin, dass Finanzminister Hilbers zwar die Verlängerung der Abgabefristen zur Entlastung der Steuerberaterinnen und Steuerberater, da die jewei-

ligen Steuerberatungskanzleien von den pandemiebedingten Erschwernissen betroffen sind, gefordert habe, dies wird grundsätzlich auch von der DSTG unterstützt. „Noch schöner wäre es gewesen, wenn unser Niedersächsischer Finanzminister Hilbers sich in diesem Zusammenhang auch einmal schützend und wertschätzend vor seine Beschäftigten gestellt hätte. Nicht nur die Steuerberatenden sind von der Pandemie betroffen. Durch das hohe Personaldefizit von mittlerweile circa 1.600 Vollzeiteinheiten (über 15 Prozent), viele weitere neue Aufgabenfelder und die von uns durchgehend geleistete Unterstützung der Gesundheitsämter durch Kolleginnen und Kollegen der Steuerverwaltung ist eine gesetzekonforme und zeitnahe Bearbeitung von Steuerfällen nicht mehr möglich“, so der Landesvorsitzende Thorsten Balster.

## ■ Philologenverband Niedersachsen (PHVN)

## ■ Verband Bildung und Erziehung (VBE)

## ■ Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLWN)

## ■ Verband Niedersächsischer Lehrkräfte (VNL/VDR)

Ende Januar wies der VBE darauf hin, dass der Lehrkräftemangel das derzeit größte Problem im Schulbereich, auch in Niedersachsen, sei, und eine massive Bedrohung für Bildungsqualität, -gerechtigkeit und die Zukunft unseres Landes darstelle. Auslöser war eine vom VBE Bund in Auftrag gegebene wissenschaftliche Untersuchung, wie sich Lehrkräftebedarf und tatsächliches Angebot in Deutschland bis 2030 entwickeln werden. Dazu der Landesvorsitzende Franz-Josef Meyer: „Für Deutschland prognostiziert die Klemm-Studie 81.000 fehlende Personen, wäh-

rend die KMK den Lehrkräftemangel mit lediglich 14.000 angibt (Differenz: 67.000!) ... Niedersachsen wird danach bis 2030 statt 2.700 mindestens 8.000 und unter Berücksichtigung der zusätzlichen Aufgaben bis zu 15.000 Lehrkräfte mehr benötigen. ... Vor diesem Hintergrund fordert der VBE die Landesregierung auf, unverzüglich offenzulegen, wie groß die Lücke zwischen Lehrkräftebedarf und Neuangebot an Lehrkräften bis 2030 in Niedersachsen wirklich ist und welche zusätzlichen personellen Ressourcen für Ganztag, Inklusion und die Unterstützung von Kindern in herausfordernden Lagen benötigt werden.“

Zum Start des zweiten Schulhalbjahres gab es Statements von Bildungsgewerkschaften. So stellte der PHVN fest: Düstere Aussichten: Kapitulation vor dem Coronavirus? Horst Audritz, Landesvorsitzender: „Der Staat stiehlt sich aus der Verantwortung ... Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf Bildung, aber auch ein Recht auf die Würdigung ihrer Leistungen und Fähigkeiten. Das gilt umso mehr für

den Übergang auf die weiterführenden Schulen und die Sicherung qualifizierter Abschlüsse, insbesondere das Abitur.“ Dass per Runderlass für das zweite Schulhalbjahr 2021/22 wieder weitergehende Einschränkungen bei der Leistungsbewertung angeordnet werden bis hin zum Verzicht auf schriftliche Leistungsnachweise (Klassenarbeiten und Klausuren), schade gerade den stilleren und ehrgeizigeren Schülerinnen und Schülern. „Ausdrücklich erwarten wir, dass die Qualität des Abiturs weiterhin gesichert wird und die Ver-





*gleichbarkeit des Abiturs unter Coronabedingungen nicht zum Alibi für Nivellierungen auf einem Mindestniveau wird“, so Audritz. So sei es zu begrüßen, dass in Niedersachsen die flächendeckende tägliche Testung der Schülerinnen und Schüler im Februar und das Tragen der Mund-Nase-Bedeckung beibehalten werde und Unterricht unter angemessenen Bedingungen ermöglicht werden solle.*

Der Vorsitzende des VNL/VDR, Torsten Neumann, vor Beginn des zweiten Schulhalbjahres: *„Den Schulen wird weiterhin noch viel Belastendes bevorstehen, wenn am 2. Februar 2022 für Niedersachsens Schülerinnen und Schüler der Unterricht im zweiten Schulhalbjahr wieder beginnen wird. Nicht nur die ständig stark anwachsenden Zahlen der Infizierten mit der Coronavariante Omikron, auch die schlechte Unterrichtsversorgung an den Schulen wird zu großen Belastungen führen. ... Corona hat die öffentliche Wahrnehmung auf die miserable Unterrichtsversorgung fast vollkommen verdrängt. Die Lage bleibt jedoch sehr angespannt und belastend.“*

Auch die Unterrichtsversorgung an sich war und ist ein Thema. Die Ausführungen des Kultusministers zum zweiten Schulhalbjahr 2021/2022 kommentiert Torsten Neumann, Vorsitzender des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte VNL/VDR, wie folgt: *„Auch wenn wir im Vorfeld bereits wussten, dass die Unterrichtsversorgung in diesem Schuljahr schlecht sein wird, sind wir über die heute von Kultusminister Grant Hendrik Tonne bekannt gegebenen Zahlen zur Unterrichtsversorgung schlichtweg entsetzt. Es sind seit 20 Jahren die schlechtesten Werte. Unsere Befürchtungen, dass die Unterrichtsversorgung an den nicht gymnasialen Schulformen im Sekundar-I-Bereich schlecht sein wird, sind leider übertroffen worden. Mit einer durchschnittlichen*

*Unterrichtsversorgung von 94 Prozent ist die Unterrichtsversorgung an vielen dieser Schulen katastrophal. Hier muss dringend schnellstens nachgesteuert werden, denn es geht schlichtweg um die Bildungschancen einer ganzen Generation.“*

Die Äußerungen des Kultusministers im Rahmen der Aktuellen Stunde zum Thema „Unterirdische Unterrichtsversorgung“ im Landtag am 23. Februar kommentierte Torsten Neumann: *„Fakt ist, dass trotz zahlenmäßiger vieler ausgeschriebener Stellen diese insbesondere im nicht gymnasialen Bereich nicht besetzt werden konnten, und das seit Jahren. So konnten von den zum 2. Februar 2022 ausgeschriebenen Stellen an den Oberschulen nur 59,5 Prozent besetzt werden. In Vollzeiteneinheiten ausgedrückt liegt die Quote sogar nur bei 55,4 Prozent! ... Ja, auch der Kultusminister muss in der Tat noch an seinen Hausaufgaben weiterarbeiten, es reicht nicht aus, die schlechte Unterrichtsversorgung nur schönzurechnen!“*

Den Erlass „Berufsbild Schulleitung“ bewertete Franz-Josef Meyer vom VBE: *„Anstatt eine Hochglanzbroschüre mit ‚Visionen‘, mit altbekannten Anforderungsprofilen und Handlungsfeldern zum Berufsbild Schulleitung anzupreisen, sollte sich Kultusminister Grant Hendrik Tonne lieber der Realität stellen, die geprägt ist von vakanten Schulleiterstellen und Schulleitungen, die durch Verwaltungsaufgaben und Schulorganisation schon lange völlig überlastet sind; von einem ‚eigenen Beruf Schulleitung‘ ist in dem Papier allerdings nichts zu lesen. Das hätte nämlich weitreichende beamten- und besoldungsrechtliche Konsequenzen. Der Minister stellt dann auch fest, dass dieser Erlass zu keinen ‚unmittelbaren Veränderungen in der täglichen Arbeit und den Aufgaben von Schulleitungen‘ führt.“* Einzig die angestrebte berufsbegleitende „Vorabqualifizierung“ in einer Führungsakademie sei ein positives Signal.

Auch der VNL/VDR begrüßte grundsätzlich, dass Kultusminister Tonne endlich „Schulleitung“ als eigenes Berufsbild anerkennt. Es heißt jetzt aber auch, den Worten zügig konkrete Taten folgen zu lassen. Eine Hochglanzbroschüre reiche nicht aus, um den Beruf Schulleitung attraktiver zu machen. Tonnes Formulierungen „Wir streben an ...“ oder „Denkbar wäre ...“ reichten nicht aus, es müsse umgehend gehandelt werden, um genügend qualifizierten Nachwuchs für die ausscheidenden Schulleitungen zu rekrutieren.

Mitte Februar ging es dann um die Coronalockerungen in den Schulen. Der VBE-Landesvorsitzende Franz-Josef Meyer unterstützt den Perspektivplan, mahnt aber gesellschaftliche Akzeptanz an. *„Beim ‚Spagat‘ nicht die Balance bei den Lockerungen verlieren!“* Meyer weiter: *„Der Kultusminister muss die weitgehende Beibehaltung der bisherigen Schutzmaßnahmen gut begründen, ansonsten wird der öffentliche Druck zunehmen, auch in Schulen im Gleichklang mit den Lockerungen in allen anderen Lebensbereichen Maskenpflicht und Tests zurückzunehmen.“*

Auch der VNL/VDR begrüßt den vorgestellten „Exitplan“ des Kultusministers. Torsten Neumann erklärte dazu: *„Wir begrüßen grundsätzlich, dass Kultusminister Grant Hendrik Tonne für Schulen und Kitas einen konkreten Zeitplan zum Ausstieg aus den Coronaschutzmaßnahmen vorgestellt hat ... Daher ist es wichtig und richtig, dass jetzt mit Augenmaß die bisherigen Maßnahmen schrittweise zurückgenommen werden. Hier sollte jedoch unbedingt die regionale Entwicklung der Fallzahlen berücksichtigt werden ...“* und beendete sein Statement mit der Hoffnung, dass mit der Umsetzung des angekündigten Zeitplans die Schulen wirkliche Planungssicherheit erhalten und nicht wieder kurzfristige Änderungen vorgenommen werden.

Ein weiteres Thema war die Inklusion. Der VNL/VDR beklagt, dass der Mangel an Lehrkräften und Unterstützungspersonal eine erfolgreiche Umsetzung der Inklusion behindert, und spricht sich für ein Fortbestehen der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen ab Jahrgangsstufe 5 über das Schuljahr 2022/23 hinweg aus.

*„Seit 2013 ist jede Schule in Niedersachsen eine inklusive Schule und seit nunmehr neun Jahren läuft die Inklusion in Niedersachsen an vielen Schulen noch immer nicht rund, trotz zahlreicher Initiativen. Das Hauptproblem ist von Anfang an die unzureichende personelle Ausstattung der Schulen ... Die Praxis hat gezeigt, dass auch jetzt noch nicht alle Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf mit den Bedingungen einer inklusiven Schule zurechtkommen. Neben dem besonders an den nicht gymnasialen Schulformen im Sekundar-I-Bereich vorherrschenden Lehrkräftemangel erschweren auch die Rahmenbedingungen wie zu große Klassen eine erfolgreiche Beschulung dieser Schülerinnen und Schüler. Deshalb sollte es vorerst weiterhin möglich sein, ein Kind ab Klasse 5 an einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen anzumelden ... Eine ehrliche Bestandsaufnahme, wo die einzelnen Schulen aus Sicht der Inklusion wirklich stehen, ist notwendig und könnte dann hilfreich sein, wenn aus den gewonnenen Erkenntnissen auch die Konsequenzen gezogen würden. Eines aber muss jedem klar sein: Inklusion zum Nulltarif wird es nicht geben. Es wird noch ein langer, nicht immer gerader und bequemer Weg sein, Inklusion zum Wohle aller wirklich umzusetzen. Dazu braucht es keine Sonntagsreden, die Schulen müssen wirklich tatkräftig unterstützt und gefördert werden. Inklusion ist eine Frage der Haltung!“,* so der Landesvorsitzende Neumann. ■